

**Jugendministerkonferenz
am 22./ 23. Mai 2003
in Ludwigsburg**

TOP 10: Internetberatung für Jugendliche und Eltern

Beschluss:

1. Die Jugendministerinnen und –minister, –senatorinnen und –senatoren begrüßen die Initiative der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. und der Beratung und Lebenshilfe Berlin-Brandenburg zur Schaffung einer virtuellen Beratungsstelle für Erziehungs- und Familienberatung im Internet. Sie halten eine solche virtuelle Beratungsstelle für eine sehr erfolgversprechende Möglichkeit, Beratungsangebote bei Familien- und Erziehungsproblemen auch für die jungen Menschen und Eltern anzubieten, für die die bestehenden Erziehungsberatungsstellen schwer erreichbar sind oder bei denen Hemmschwellen bestehen, diese Stellen aufzusuchen. Mit dieser zentralen Internetplattform wird die bestehende Struktur der Familien- und Erziehungsberatung ergänzt und ein Angebot zur Beratung junger Menschen in Krisensituationen und zur Stärkung der Erziehungskraft der Familien unter Nutzung der neuen Möglichkeiten geschaffen, die das Internet bietet. Die Jugendministerinnen und –minister, –senatorinnen und –senatoren sehen in der vorgelegten gemeinsamen Konzeption der beiden Träger einen sehr unterstützenswerten Ansatz und eine gute Weiterentwicklung der bisher von den beiden Trägern gemachten Erfahrungen.

2. Die Jugendministerinnen und –minister, –senatorinnen und –senatoren werden sich dafür einsetzen, dass Beratungskapazitäten für diese Erziehungs- und Familienberatung im Internet bereitgestellt werden. Dazu soll ein Teil der Fachleistungskapazitäten der bestehenden Erziehungsberatungsstellen eingesetzt werden. Sie appellieren an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die Träger der Erziehungs- und Familienberatungsstellen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Erziehungs- und Familienberatungsstellen sich daran beteiligen und einen Teil ihrer Beratungskapazität für diesen Zweck bereitstellen. Die Jugendministerinnen und –minister, –senatorinnen und –senatoren gehen

davon aus, dass ab 01.01.2004 die Beratungskapazitäten entsprechend der Bevölkerungszahlen durch die Länder bereitgestellt werden. Sie bitten die federführenden Länder Bayern und Brandenburg dazu Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zu führen.

3. Die Jugendministerinnen und Jugendminister, -senatorinnen und –senatoren der Länder nehmen zur Kenntnis, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine langfristige Übernahme der Kosten für den Overhead des Internetberatungsangebots nicht für möglich hält. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bietet allerdings seine Unterstützung bei der Entwicklung des Gesamtangebots an und ist bereit, die Finanzierung des Overhead bis zum 31.12.2004 zu übernehmen. Dadurch kann sichergestellt werden, dass in der Umstrukturierungsphase
 - neu hinzukommende Fachkräfte qualifiziert werden,
 - die Supervision der Fachkräfte, die Internetberatungsangebote durchführen, gesichert wird,
 - es eine fachlich konzeptionelle Gesamtleitung und
 - eine leistungsfähige Internettechnik bereitsteht.
4. Die Jugendministerinnen und Jugendminister, -senatorinnen und –senatoren der Länder gehen davon aus, dass der Overhead als Teil der Gesamtstruktur danach von den Ländern zu finanzieren ist. Sie werden dafür im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Haushaltsvorsorge treffen und bitten die federführenden Länder Bayern und Brandenburg ab dem 01.01.2005 die formellen Voraussetzungen für eine Finanzierung (Prüfung der Gesamtkosten, Verfahrensfragen) nach dem Königsteiner Schlüssel zu schaffen.
5. Dieser Beschluss wird veröffentlicht.